

Die Wirkungen von Politikinstrumenten auf Konsummuster von Endverbrauchern

# Nachhaltiger Konsum braucht innovative Konzepte

Eine steigende Zahl von Politikinstrumenten soll den nachhaltigen Konsum fördern. Doch wirken diese Politikinstrumente wirklich? Zur Beantwortung dieser Frage wurden Instrumente und Programme in zahlreichen Fallstudien in Europa untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass durch eine Anpassung der Instrumente größere Nachhaltigkeitseffekte erzielt werden könnten.

Von Bettina Brohmann

**D**er folgende Beitrag diskutiert die Ergebnisse des dreijährigen Forschungsprojektes European Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns (EUPOPP), das im Rahmen des siebten europäischen Forschungsprogramms vom Öko-Institut gemeinsam mit sechs Partnern aus fünf europäischen Regionen durchgeführt wurde und Vorschläge für eine nachhaltige Konsumpolitik entwickelte (1).

Das Projekt widmete sich vier Kernaspekten, die einerseits die Analyse bestehender Konsumtrends adressierten sowie die Wirkungen verschiedener Politikinstrumente auf Konsummuster untersuchten. Weiterhin wurde nach den Erfolgskriterien und Hemmnissen dieser Instrumente gefragt und schlussendlich wurden Optionen zur Verbesserung von Politiken und Instrumenten herausgearbeitet.

## Konsumtrends analysieren

Zwei Jahrzehnte nach dem Rio-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung zeigen die Daten zum Energieverbrauch, zu den Konsumausgaben und die Dynamik in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) deutlich, dass die durch den individuellen Konsum verursachten Wirkungen auf Ressourcen und Klima ein Überdenken unseres Konsumverhaltens notwendig machen (OECD 2011; EEA 2005; Juknys/Dagiliute 2006). Entscheidungsträger aus Industrie und Politik, aber auch Verbraucher stehen vor der Herausforderung, Konsummuster auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu verändern.

Die politischen Entscheidungsträger in der EU und in den Mitgliedsstaaten haben dies zum Teil erkannt (EU Commission 2003). In den, neben Transport, als besonders relevant eingeschätzten Bedürfnisfeldern Bauen und Wohnen sowie Ernährung kann man eine zunehmende Anzahl an politischen Instrumenten beobachten, die auf die Förderung eines nachhaltigen Konsums abzielen (EEA 2005). Es wird jedoch zunehmend kla-

rer, dass Maßnahmen auf der Angebotsseite zwar recht effektiv sein können, langfristig jedoch nicht ausreichen, insbesondere in den beiden hier betrachteten Feldern. Das spezielle Ausrichten politischer Maßnahmen auf die Nachfrageseite von nachhaltigem Konsum ist eine notwendige, trotzdem heikle Voraussetzung für ein ökologisches und ausgewogenes Wirtschaften in Europa, so die verfolgte These.

Das Vorhaben EUPOPP untersuchte aktuelle Konsumtrends, analysierte vergleichend zehn Fallstudien, die alle Regionen der EU abdecken und entwickelte Szenarien für zukünftige Auswirkungen integrierter Maßnahmenpakete im Bereich des nachhaltigen Konsums. EUPOPP adressierte seine Forschungsfragen in den Bedürfnisfeldern Ernährung sowie Bauen und Wohnen mit einem neuen methodischen Ansatz, der Politikanalyse iterativ verband mit empirischen Erhebungen und Stoffstrombewertungen. Um diese hybride Methodik entwickeln zu können, wurde ein Analysemodell erarbeitet, das die verschiedenen Bewertungsschritte abbildete.

Der vorliegende Artikel dokumentiert und diskutiert die Ergebnisse und Empfehlungen zur Verbesserung der Instrumente für einen nachhaltigen Konsum mit besonderem Augenmerk auf die beiden ausgewählten Bedürfnisfelder (2).

## Bedürfnisfeld Ernährung

Die Ernährung hat eine hohe Relevanz für die Nachhaltigkeit, lässt sich aber politisch nur schwer instrumentieren (EEA 2005). Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens sind die Esskulturen innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Der Lebensmittelkonsum ist in die jeweilige Kultur eingebettet und eng verknüpft mit Lebensstil, Qualitätsansprüchen, unterschiedlichen Ernährungskompetenzen, gesundheitlichen Überlegungen, Einkommen und Alltagsabläufen und eignet sich daher nicht für universelle Lösungsmuster. Zweitens sind die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Lebensmittelproduktion und -konsum viel weniger kontrollierbar und viel heterogener als zum Beispiel im Bereich Bauen und Wohnen.

Ein Beispiel ist die mengenmäßige Bestimmung von Treibhausgasemissionen, die jenseits der landwirtschaftlichen Produktionsphase nach wie vor schwierig ist. Bestimmte Lebensmittel wie Rindfleisch oder stark fetthaltige Molkereiprodukte haben vergleichsweise hohe ökologische Auswirkungen, deren Belastungen für die Nachhaltigkeit auf der Produktionsseite durch politische Instrumente schwer zu beeinflussen sind. Dies bietet andererseits den Spielraum, das Bedürfnisfeld eher von der Nachfrageseite her zu adressieren. →

Ein Ergebnis der von EUPOPP durchgeführten Wirkungsanalysen zeigt, dass moderate Veränderungen der durchschnittlichen Ernährungsgewohnheiten hin zu einer Ernährung mit einem höheren Anteil aus biologischem Anbau und weniger Fleisch bis zum Jahr 2030 etwa 29 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalente einsparen könnten. Mehr als 71 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalente könnten zusätzlich eingespart werden, indem in Privathaushalten bis zum Jahr 2030 zehn Prozent weniger Lebensmittel weggeworfen werden (Brohmann et al. 2011).

Als Empfehlung daraus resultiert ein integriertes Maßnahmenpaket für einen nachhaltigeren Lebensmittelkonsum, das aus vier einander ergänzenden Elementen besteht:

- die Förderung nachhaltigerer Mahlzeiten in der Außer-Haus-Verpflegung,
- der Aufbau von Ernährungskennntnissen durch die Förderung lokaler Initiativen und sozialen Lernens,
- die Reduzierung des Wegwerfens von Lebensmitteln und
- die Überarbeitung der Besteuerung von Lebensmitteln im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Ernährung.

### Außer-Haus-Verpflegung

Insbesondere in Ländern, wo die öffentliche Verpflegung außer Haus weitverbreitet ist wie in Italien und Finnland sollten die Chancen zur Verbraucherbildung und Etablierung nachhaltiger Mahlzeiten genutzt werden (Ochoa/Defranceschi 2011). So geht man auch von Multiplikatoreffekten aus, wenn Schulkinder Informationen über nachhaltige Mahlzeiten und Nahrungszubereitung nach Hause tragen (Morgan/Sonnino 2010). EU-Entscheidungsträger sollten erwägen, bestehende Initiati-

ven für Beschaffungsrecht, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit in ein konsistentes Rahmenwerk für die öffentliche Verpflegung zu integrieren.

Parallel sind umfassende Kriterien für nachhaltige Mahlzeiten sowie Ziele und Empfehlungen zu erarbeiten, um in öffentlichen Kantinen den Anteil an Lebensmitteln aus biologischem Anbau zu erhöhen und den Verbrauch von Fleisch und stark fetthaltigen Molkereiprodukten zu reduzieren. Dies sollte begleitet werden von einer Schulung des Kantinenpersonals. Auch wenn die Kompetenz für die Entwicklung und Umsetzung spezifischer politischer Maßnahmen in diesem Bereich bei den Mitgliedsstaaten liegt, könnten die politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene mit gutem Beispiel vorangehen und durch einen ehrgeizigen Rahmenplan für die öffentliche Verpflegung eine Orientierungshilfe bieten

### Lokale Initiativen und soziales Lernen

Zusätzlich sollten sich Entscheidungsträger ein ganzheitliches Verständnis von nachhaltiger Ernährung aneignen und lokale Behörden und andere Interessengruppen dabei unterstützen, maßgeschneiderte, realisierbare Maßnahmen für lokale Probleme und Belange zu entwickeln.

Dies könnte Initiativen motivieren, deren Ziel es beispielsweise ist, die Treibhausgasintensität von öffentlichen Verpflegungsanbietern durch innovative Informationsarbeit zu reduzieren. Es könnte zudem alternative Strukturen der Lebensmittelversorgung fördern, zum Beispiel durch die Kooperation mit Einzelhändlern, lokalen Erzeugern und Verarbeitern.

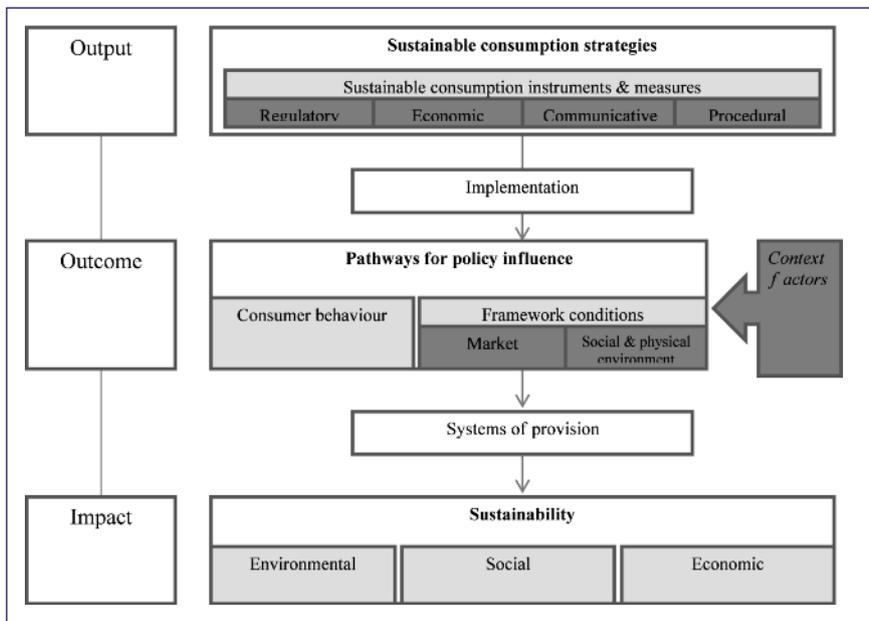
Ein bekanntes Beispiel für solche lokalen Initiativen sind öffentliche „Veggie Days“ (vegetarische Tage) sowie lokale Initiativen in Restaurants oder Schulkantinen, die von prominenten Vorbildern oder Personen des öffentlichen Lebens unterstützt werden wie Bürgermeister, Abgeordnete oder lokale Prominenz (Ochoa/Defranceschi 2011). Des Weiteren ist es erforderlich, Fördermittel besser zugänglich zu machen, um erfolgreiche lokale Initiativen in ganz Europa zu etablieren und zu verbreiten.

Vorbildern oder Personen des öffentlichen Lebens unterstützt werden wie Bürgermeister, Abgeordnete oder lokale Prominenz (Ochoa/Defranceschi 2011). Des Weiteren ist es erforderlich, Fördermittel besser zugänglich zu machen, um erfolgreiche lokale Initiativen in ganz Europa zu etablieren und zu verbreiten.

### Vermeidung von Lebensmittelabfällen

Im Jahr 2006 wurden in Europa schätzungsweise 38 Millionen Tonnen Lebensmittel entlang des gesamten Lebensweges „entsorgt“. Zumeist kaufen die Menschen mehr Lebensmittel ein, als sie in einem bestimmten Zeitraum verbrauchen oder sie interpretieren das Mindesthaltbarkeitsdatum nicht richtig. Auf der anderen Seite zeigen Untersu-

Abbildung 1: EUPOPP Analysemodell zur Ermittlung der Wirkungen von Politikinstrumenten



Quelle: Schönherr/Wolff/Brunn 2010

chungen, dass Konsumenten flexibel im Einkaufsverhalten sind, solange die Waren nicht geschmacklich beeinträchtigt sind und das Aussortieren und Entsorgen im Supermarkt differenzierter erfolgen könnte (Stuart 2009).

Zum gegenwärtigen Stand gibt es in der EU keine politischen Maßnahmen, um diese Aspekte zu adressieren, jedoch wurden erste interessante Studien dazu vorgelegt. EU-Entscheidungsträger sollten eine motivierende Rolle gegenüber dem Einzelhandel einnehmen, um die Haltbarkeitsdaten von Lebensmitteln zu verlängern und Anreize zu entwickeln, die das Wegwerfen von Lebensmitteln reduzieren unter der Voraussetzung dass Lebensmittelsicherheit und Verbrauchergesundheit nicht negativ beeinflusst werden (3). Bestehende Foren, zum Beispiel Runde Tische des Einzelhandels, können in diesen Prozess miteinbezogen werden. Gleichzeitig sollten Mitgliedsstaaten eine verbesserte Informationspolitik zum Haltbarkeitsdatum von Lebensmitteln unterstützen, beispielsweise mit Informationskampagnen und Verbraucherberatung vor Ort sowie durch Schulung und bessere Planung in öffentlichen Kantinen.

Der Erfolg einer nachhaltigen Konsumpolitik im Bedürfnisfeld Ernährung hängt stark von Unterstützungsmaßnahmen auf der Produktionsseite ab. Vorhandene Strukturpolitiken wie zum Beispiel die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, sowie die Lebensmittelsicherheit müssen umfassend auf ihre Konsistenz mit langfristigen Nachhaltigkeitszielen überprüft werden. Dieser Prozess wurde zwar in der EU und in vielen Nationalstaaten auf den Weg gebracht, ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

In diesem Kontext sollten differenzierte Steuersätze stärkere Beachtung finden, um Politikziele in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, öffentliche Gesundheit und Nachhaltigkeit zu verbinden. Angesichts der Schwierigkeiten und hohen Kosten bei der Umsetzung effektiver Kontrollen und/oder einer Besteuerung ab Hof oder im weiteren Verlauf der Wertschöpfungskette, wird empfohlen, eine Steuer auf nichtnachhaltigen Fleischkonsum vorzusehen.

## Bedürfnisfeld Bauen und Wohnen

Im Bedürfnisfeld Wohnen gibt es Erfahrungen mit effektiven und effizienten Instrumenten zur Förderung nachhaltiger Verhaltensweisen. Dennoch besteht auch hier noch ein deutliches Potenzial zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, Haushaltsgeräten und Heizsystemen (Brunn 2010). Um dieses Potenzial auszuschöpfen, sollten sich Entscheidungsträger in der EU und auf nationaler Ebene anspruchsvollere Ziele setzen.

Damit es nicht zu Rebound- und Trittbrettfahrereffekten kommt, müssen entsprechende Maßnahmen bei der Gestaltung von politischen Instrumenten vorgesehen werden. Dazu bedarf es auch der Einführung sanktionierbarer Verpflichtungen sowie einer besseren Überwachung. Dies trifft vor allem bei der Vorgabe von Energieeffizienzstandards für Gebäude im Bestand zu.

Die Analysen zeigen, dass die meisten der vorhandenen Instrumente im Bereich Wohnen optimiert werden könnten, um das volle Potenzial auszuschöpfen, das diese Instrumente bieten. Dies zeigen unter anderem die Ergebnisse der durchgeführten Szenarioanalysen, die ein zusätzliches Einsparpotenzial bei Treibhausgasen von bis zu 400 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalenten durch neue und/oder verbesserte Politikinstrumente aufzeigen (Fritsche et al. 2011). Um dieses Potenzial zu nutzen, wird ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das aus vier Elementen besteht. Diese sind:

- die Optimierung und Stärkung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD),
- verstärkte Einführung von sogenanntem grünen Heizen,
- die Förderung der Markttransformation und
- die Förderung der weiteren Verbreitung von energieeffizienten Haushaltsgeräten.

## Standards für energieeffiziente Gebäude

Energieeffizienzstandards für Gebäude sind ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiges Bauen und Wohnen. Die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) und diesbezügliche nationale Umsetzungsmaßnahmen sind hierfür ein starkes Signal. In der Praxis ist die EPBD jedoch nicht effektiv genug, da es in den Mitgliedsstaaten an der Überwachung und optimalen Umsetzung der Richtlinie fehlt (IDEAL EPBD 2011).

Um die Überwachung und Erfüllung dieser Richtlinie zu verbessern, sollte ein Register für Energieeffizienzdaten eingeführt werden, das auf bereits obligatorischen Energieeffizienzlabelel basiert. Ein weiteres wirksames Mittel, um die Zahl der energetischen Altbausanierungen zu erhöhen, könnte die Einführung einer Renovierungsverpflichtung im Moment des Besitzerwechsels sein – bei entsprechenden baulichen Voraussetzungen. Dies würde die Energieeffizienz außerdem direkt mit dem Immobilienmarkt verknüpfen, wo sie momentan kein wichtiges Kriterium für die Wertbestimmung einer Immobilie ist (Brohmann/Cames 2011).

Diese Bemühungen müssen in der EU-27 durch finanzielle Unterstützungsprogramme für Hauseigentümer in großem Maßstab ergänzt werden, zum Beispiel mit Krediten zu niedrigen Zinsen oder Steueranreizen. Zusätzlich braucht es vielfach eine kompetente Beratung durch Baufirmen und Installationsunternehmen: So wäre eine bessere Abstimmung zwischen bestehenden Vorschriften, Renovierungsanreizen und Energieberatung möglich und Hauseigentümer fänden damit leichter Zugang zu effizienten und innovativen Technologielösungen.

## Grünes Heizen

Neben der Forderung nach mehr Energieeffizienz von Gebäuden sollte auch die systematische Überprüfung von Heizsystemen Priorität bei Entscheidungsträgern haben. Viele EU-Staaten haben bereits die individuelle Ablesung und →

Abrechnung erfolgreich als Standard umgesetzt. Insbesondere bei den neuen Mitgliedsstaaten in Zentral- und Osteuropa gibt es hier jedoch Nachholbedarf (Fammler 2011). Entscheidungsträger in diesen Ländern sollten unterstützt werden, um die individuelle Kontrolle über die Wärmeabgabe einzuführen und die dadurch realisierten Energieeinsparungen durch die individuelle Aufteilung der Heizkosten sichtbar zu machen (Brohmann et al. 2011).

Darüber hinaus sollte die weitere Verbreitung von grünen, das heißt effizienten und auf erneuerbaren Energien basierenden Heizsystemen durch geeignete politische Maßnahmen beschleunigt werden. Es wird vorgeschlagen, eine verpflichtende Mindestquote für grünes Heizen in neu installierten Systemen einzuführen (Brohmann et al. 2011). Eine solche Quote würde sowohl für neue Gebäude gelten als auch im Falle des Austauschs von Heizsystemen. Obwohl eine EU-weite Quote zu befürworten ist, sollte die jeweilige Gesetzgebung nationale und regionale Unterschiede bei Heizsystemen berücksichtigen, zum Beispiel durch eine schrittweise Einführung und durch die Entwicklung von nationalen Richtwerten für grünes Heizen.

### Energieeffiziente Haushaltsgeräte

Um die Marktdurchdringung mit energieeffizienten Haushaltsgeräten zu verbessern und beizubehalten, wird vorgeschlagen, auf der erfolgreichen EU-Energieeffizienzkenzeichnung aufzubauen.

Dieses Instrument kann benutzerfreundlicher und transparenter gestaltet werden. Dazu gehören wesentliche Verbesserungen in Bezug auf die Harmonisierung von Messskalen für alle einbezogenen Haushaltsgeräte und die Flexibilisierung von Energieklassen. Die Kennzeichnungskategorien sollten in vorgegebenen Zeiträumen gemäß der besten verfügbaren Technologie auf dem Markt neu eingestellt werden. Idealerweise sollte dies von einer unabhängigen Institution durchgeführt werden und stellt eine europäische Version des Top-Runner-Programms dar, das unter anderem in Japan erfolgreich praktiziert wird. Zusätzlich zu diesem verbesserten Kennzeichnungsprogramm sollten die unteren Kennzeichnungskategorien nach einer regelmäßigen Überprüfung planmäßig auslaufen, so zum Beispiel alle Haushaltsgeräte unterhalb der Klasse „C“.

Obwohl die oben angeführten Politikinstrumente für großen Fortschritt sorgen könnten, wenn sie gemeinsam und konsistent bei der Minderung der Auswirkungen des Wohnens auf die Nachhaltigkeit eingesetzt werden, sollten sie auch in ganzheitliche Programme zur Markttransformation eingebettet werden. Markttransformation, wie sie hier verstanden wird, umfasst eine Reihe von flankierenden Maßnahmen mit dem Ziel, langfristig die am besten verfügbaren Technologien auf dem Markt zu etablieren, Wissen, Kompetenzen und Vertrauen aufzubauen, um diese Technologien zu erkennen und in privaten Haushalten einzusetzen, und in Zusammenarbeit mit Energieversorgern Programme für das Nachfragemanagement auszuarbeiten.

Wie im Bereich der Ernährung sollte auch hier die Priorität auf der Etablierung verpflichtender Standards für die öffentliche Beschaffung liegen. Des Weiteren schließt dies die Überarbeitung der bestehenden Besteuerung von Energie mit ein, sowie die systematische Berücksichtigung von Rebound-Effekten bei der Gestaltung neuer Maßnahmen im Bereich Wohnen und Energieverbrauch im Haushalt.

Derartige Programme zur Markttransformation versetzen alle beteiligten Akteure in die Lage, hocheffiziente Lösungen in den Segmenten Bauen, Heizen und Haushaltsgeräte besser zu erkennen, zu nutzen und zu vermarkten. In Übereinstimmung mit der allgemeinen Empfehlung zum Aufbau nachhaltiger Entscheidungsstrukturen könnte dies wesentlich dazu beitragen, nachhaltige Konsumententscheidungen für individuelle Verbraucher einfacher zu machen, insbesondere bei langfristigen Investitionen.

Wenn systemische Veränderungen, wie im Bereich des nachhaltigen Konsums, erreicht werden sollen, erfordert dies spezifische Kompetenzen, koordiniertes Handeln und Zusammenarbeit. Dies könnte eine der größten Herausforderungen für die Umsetzung eines nachhaltigeren Konsums sein. Technologische Innovationen, Effizienzgewinne und Maßnahmen auf der Angebotsseite, sowie politische Instrumente, die wiederum auf das Verbraucherverhalten abzielen, müssen genau aufeinander abgestimmt werden, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Daher kann man auch von Instrumentenbündeln sprechen, die mehrere Phasen des Konsums umfassen und mit unterschiedlich wirkenden Instrumenten hinterlegt sind (Brohmann et al. 2010). Solch ein Bündel beinhaltet im Bereich Ernährung beispielsweise neben der Informationskampagne zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen auch entsprechende Maßnahmen zur Wahrnehmung und zum richtigen Umgang mit Haltbarkeitsdaten direkt im Supermarkt.

### Unterstützung der Entscheidungsfindung

Konsumverhalten findet nicht isoliert statt und geht über eine individuelle, im eigenen Ermessen stehende Entscheidungsfindung hinaus. Menschen lassen sich in ihren täglichen Konsumententscheidungen von Gewohnheiten, Routinen und sozialen Normen leiten (OECD 2011). Sie agieren innerhalb gemeinschaftlicher Versorgungssysteme, die beeinflussen, was und wie sie konsumieren können, wie einfach oder schwer der Zugang zu bestimmten Waren und Dienstleistungen ist und welche Informationen und Hilfestellungen für sie verfügbar sind.

Dies umfasst physische Infrastrukturen ebenso wie die Organisation der Verteilung von Waren und Dienstleistungen. Es umfasst außerdem die wichtigen Interessengruppen, die Teil dieser Systeme sind, wie zum Beispiel Energieversorger und Einzelhändler, sowie die ihnen zugrunde liegenden Institutionen. Verbraucher beeinflussen Versorgungssysteme durch ihre kumulierte Nachfrage und ihre Präferenzen in Bezug auf Produkte und Dienstleistungen, gleichzeitig jedoch sind sie in diese Versorgungssysteme eingebettet.

Entscheidungsträger auf allen Ebenen sollten sich dafür engagieren, Versorgungssysteme so zu gestalten, dass nachhaltige Konsumententscheidungen für Verbraucher einfacher und attraktiver werden.

Im Bedürfnisfeld Ernährung wäre zum Beispiel die Wahl nachhaltiger Lebensmittel zu fördern. Etwa sollten in öffentlichen Kantinen mehr vegetarische Mahlzeiten eingeführt, Portionsgrößen geringfügig reduziert werden und gesunde Mahlzeiten mit geringen ökologischen Auswirkungen deutlicher beworben werden als Fleisch oder Süßspeisen. Im Bedürfnisfeld Wohnen wären ganzheitliche Programme zur Markttransformation zu fördern, um energieeffiziente Produkte oder die Finanzierung energetischer Altbausanierung attraktiver zu gestalten.

## Kompetenzbildung

Bewusstseinsbildung und Verbraucherinformation standen beim nachhaltigen Konsum lange im Vordergrund. Gleichzeitig zeigt sich immer wieder, dass es eine Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln gibt. Verbraucher möchten zwar nachhaltige Konsumententscheidungen treffen, setzen dies jedoch häufig nicht in die Tat um. Für politische Entscheidungsträger eröffnen sich hier zwei Handlungswege. Zum einen das Steuern von Konsumententscheidungen, beispielsweise durch Beschränkung von Wahlmöglichkeiten sowie zum anderen langfristige Maßnahmen zur Kompetenzbildung.

Letztere sollten gleichermaßen an Verbraucher, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen und Akteure auf der Angebotsseite gerichtet sein. Es ist zum Beispiel viel wahrscheinlicher, dass Empfehlungen zu nachhaltigen Mahlzeiten in öffentlichen Kantinen effektiv umgesetzt werden, wenn das Kantinenpersonal über die fachlichen Hintergrundinformationen verfügt (Aalto/Heiskanen 2010). Dazu gehören Kenntnisse über die Beschaffung, Zubereitung und ansprechende Präsentation nachhaltiger Mahlzeiten. Im Bereich Wohnen werden Energieeffizienzstandards für Gebäude viel wahrscheinlicher umgesetzt, wenn Dienstleister besser dafür geschult sind, Gebäudebesitzer über energieeffiziente Materialien und Technologien zu beraten. In beiden Fällen kann Vertrauen, sowohl zwischen Verbrauchern und Dienstleistern als auch in nachhaltige Produkte selbst, dazu beitragen, die Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln zu überbrücken.

Kompetenzbildung bedeutet auch langfristiges Engagement, das über Informationskampagnen hinausgeht. Ein solch langfristiger Wissensaufbau könnte zum Beispiel durch Bildungseinrichtungen und Programme gefördert werden, indem systematisch Nachhaltigkeitsaspekte in die Lehrpläne aufgenommen werden. Bei der Ernährung kann dies die Förderung von Ernährungkenntnissen bei Schülern umfassen, und zwar im Hinblick auf die Einbindung von Gesundheits-, Lebensmittelsicherheits- und Nachhaltigkeitsaspekten in die tägliche Nahrungszubereitung. Im Bedürfnisfeld Wohnen kann eine Aufwertung des Themas Energieeffizienz und anderer Nachhaltig-

keitsthemen bei der Berufsausbildung und Weiterbildung von Dienstleistern im Bausektor eine wichtige Rolle spielen. In beiden Bedürfnisfeldern könnte die systematische Schulung von Beschaffungs- und Verwaltungspersonal im Hinblick auf nachhaltige Produkte und entsprechende Beschaffungsroutinen auch Auswirkungen auf die Kultur in diesem Bereich haben (Ochoa/Defranceschi 2011).

## Fazit

Künftig könnte und sollte die EU eine größere Rolle bei der Bereitstellung eines konsistenten Rahmens für eine nachhaltige Konsumpolitik spielen. Ihr „Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik“ ist ein erster Schritt in diese Richtung, insbesondere wenn Aspekte eines nachhaltigen Konsums systematisch in die anstehende Revision miteinbezogen werden (EU Kommission 2008). Dies umfasst:

- Das Bündeln vorhandener Strategien und Maßnahmen. Eine Bündelung beinhaltet die Abdeckung von mehreren Konsumphasen. Zum Beispiel sollte eine nachhaltige Produktpolitik, wie sie sich in der Ökodesign-Richtlinie darstellt, durch Maßnahmen ergänzt werden, die die besten verfügbaren Produkte für Verbraucher leichter erhältlich und erkennbar machen. Des Weiteren sollten eine derartige Produktpolitik und die relevante Abfallentsorgungspolitik aufeinander abgestimmt werden. Dies bedeutet auch den Aufbau eines integrierten politischen Instrumentariums, das verpflichtende Bestandteile, wirtschaftliche Anreize und langfristige Maßnahmen zur Kompetenzbildung umfasst.
- Verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Eine fortschrittliche, nachhaltige Konsumpolitik impliziert ein besseres Verständnis für Verbraucherinnen und Verbraucher, für ihre Bedürfnisse und Vorgehensweisen sowie für ihre Beziehung zu anderen Akteuren. Die EU sollte stärker als bisher die Förderung gemeinschaftlicher Prozesse und langfristiger gesellschaftlicher Dialoge über Lebensqualität, Nachhaltigkeit und das bisherige Paradigma des Wachstums übernehmen.
- Mehr Konsistenz zwischen Strategien und Maßnahmen. Die Effektivität nachhaltiger Konsumpolitik wird häufig von einer kontraproduktiven Politik auf der Angebotsseite behindert. Gleichzeitig zeigen unsere Ergebnisse, dass ein ergänzendes, wechselseitig unterstützendes politisches Instrumentarium entscheidend für eine effektive Politik ist. Daher ist es wichtig, dass die EU die Führung bei der Überprüfung vorhandener Strategien und Maßnahmen auf Unstimmigkeiten sowie bei der Einbettung neuer Maßnahmen in harmonisierte Instrumentenbündel übernimmt.

## Anmerkungen

- (1) Projektpartner waren: National Consumer Research Centre, Finland; University College London, UK; Baltic Environmental Forum, Latvia; ecoinstitut Barcelona, Spain; Institute for Social-Ecological Research, →

- Germany; ICLEI – Local Governments for Sustainability, European Secretariat. Die ausführlichen Ergebnisse im Internet: [www.eupopp.net](http://www.eupopp.net).
- (2) Der Beitrag basiert auf dem englischsprachigen Policy Brief „Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns in Europe“, July 2011. Im Internet: [www.eupopp.net/docs/eupopp\\_brief.pdf](http://www.eupopp.net/docs/eupopp_brief.pdf)
- (3) Eine kürzlich vom deutschen Verbraucherschutzministerium gestartete Kampagne „Zu gut für die Tonne“ geht bereits in diese Richtung: <http://www.bmelv.de/DE/Ernaehrung/Wert-Lebensmittel/ZuGutFuerDieTonne/node.html>

**Literatur**

Aalto, K. / Heiskanen, E.: Requirements for public catering to serve sustainable meals in Finland. Impact Assessment Paper. Helsinki 2010. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

Brohmann, B. / Schönherr, N. / Heiskanen, E. / Fritsche, U. / Wolf, F. (2010): The Impact Assessment of Policy Instruments. Presentation at ERSCP in Delft, 27. Oktober 2010.

Brohmann, B. / Cames M.: Verbesserung von Wohnungen durch Erhöhung der Labelling-bedingten Modernisierungsaktivitäten auf Grundlage der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – Abschlussbericht zum EU Projekt IDEAL EPBD (Country Report Germany). Darmstadt 2011.

Brohmann, B. / Brunn, C. / Fritsche, U. / Hünecke, K. / Rausch, L. und N. Schönherr: Overall Approach of Material Flow Analysis and its Application to the Need Areas Food and Housing, and Hypotheses on the Impacts of SC Instruments. Final Report Deliverable 4.1 EUPOPP WP 4. Darmstadt 2011. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

Brunn, C.: Minimum energy performance standards for buildings in Germany. Impact Assessment Paper. EUPOPP WP 3.2. Darmstadt 2010. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

EEA: Household consumption and the environment. European Energy Agency. EEA Report 11/25. Copenhagen 2005.

European Commission: The World Summit on Sustainable Development one year on: implementing our commitments. Communication from the Commission, COM(2003) 829. Brussels 2003.

European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on the Sustainable Consumption and Production and Sustainable Industrial Policy Action Plan. COM (2008) 397/3. Brussels 2008. Internet: [http://ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/com\\_2008\\_397.pdf](http://ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/com_2008_397.pdf)

Fammler, H.: The challenge for Central and Eastern Europe to transfer Sustainable Consumption Policy. Deliverable 5.3 EUPOPP WP 5. Darmstadt 2011. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

Fritsche, U. / Gattermann, M. / Herling, J. / Hünecke, K. / Rausch, L. / Teufel, J.: BAU, SC Scenario Assumptions and the MFA Database. EUPOPP WP 4 Deliverable 4.2. Darmstadt 2011. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

IDEAL EPBD: Key findings & policy recommendations to improve effectiveness of Energy Performance Certificates & the Energy Performance of Buildings Directive. Final Report. Darmstadt 2011. Internet: [www.ideal-epbd.eu](http://www.ideal-epbd.eu)

Juknys, R./ Dagili t , R.: Changes in consumption and production patterns in countries of transition economies: Lithuanian case study. SCORE conference proceedings. Wuppertal 2006.

Morgan, K. L. / Sonnino, R.: Rethinking School Food: The Power of the Public Plate. Worldwatch Institute 2010. Internet: [Blogs.worldwatch.org/transformingcultures](http://blogs.worldwatch.org/transformingcultures). S. 69-74.

Ochoa, A. / Defranceschi, P.: Public purchasers as mediators of change for sustainable consumption. Strategy Paper on the Sustainability Potential of Public Procurement for Food and Housing. Deliverable 3.2.1. EUPOPP Work package 2.2. Darmstadt 2011. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

OECD: Greening Household Behaviour: The Role of Public Policy, OECD Publishing 2011. Internet: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264096875-en>

Schönherr, N. / Wolff, F. / Brunn, C.: Synthesis Report: In-depth analysis of the effects of sustainable consumption instruments on consumption patterns and examination of conditions of success or failure. Berlin 2010. Internet: [www.eupopp.net/documents.htm](http://www.eupopp.net/documents.htm)

Stuart, T.: Waste – uncovering the global food scandal. Penguin Books, London 2009.

**AUTORIN + KONTAKT**

**Dr. Bettina Brohmann** ist Senior Researcher und Projektleiterin im Öko-Institut am Standort Darmstadt.



Öko-Institut e.V., Rheinstraße 95, 64295 Darmstadt.  
Tel.: +49 5161 8191140; E-Mail: [B.Brohmann@oeko.de](mailto:B.Brohmann@oeko.de)

# UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT  
ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und  
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen  
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

MIT PEER REVIEW



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter [www.oekom.de/gaia](http://www.oekom.de/gaia)



## **Lizenzhinweis**

Die Beiträge in *Ökologisches* Wirtschaften werden unter der Creative-Commons-Lizenz "CC 4.0 Attribution Non-Commercial No Derivatives" veröffentlicht. Im Rahmen dieser Lizenz muss der Autor/Urheber stets genannt werden, das Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert und außerdem nicht kommerziell genutzt werden.

Die digitale Version des Artikels bleibt für zwei Jahre Abonnent/innen vorbehalten und ist danach im Open Access verfügbar.